

FINANZGERICHT MÜNCHEN

Az.: 1 K 2188/26

Klägerin:	Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG Dieselstraße 14, 86167 Augsburg — vertreten durch Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim, RA/StB —
Beklagter:	Finanzamt Augsburg-Stadt Schleißheimer Straße 132, 86150 Augsburg
Streitgegenstand:	Körperschaftsteuer und Gewerbesteuermessbetrag 2022 — Hinzurechnungsbesteuerung §§ 7 ff. AStG; vGA Fremdvergleich
Streitwert:	ca. EUR 630.000 (KSt + GewSt + Nebenleistungen 2022)

KLAGESCHRIFT

I. Klageanträge

- Der Körperschaftsteuer-Änderungsbescheid 2022 des Finanzamts Augsburg-Stadt in Gestalt der Einspruchsentscheidung vom 15. Oktober 2026 wird aufgehoben, soweit er über die bisher festgesetzte Steuer von EUR 366.230 hinausgeht.
- Die Zuziehung eines Bevollmächtigten für das Vorverfahren wird für notwendig erklärt (§ 139 Abs. 3 FGO).
- Hilfsweise: Die Körperschaftsteuer 2022 wird unter Berücksichtigung einer AStG-Hinzurechnung von maximal EUR 200.000 (statt EUR 510.000) festgesetzt.

II. Zulässigkeit

Die Klage ist gemäß § 40 Abs. 1 FGO als Anfechtungsklage statthaft. Das Vorverfahren nach § 44 FGO ist durch die Einspruchsentscheidung vom 15.10.2026 abgeschlossen. Die Klagefrist des § 47 FGO (1 Monat) ist gewahrt. Die Klägerin ist durch die angefochtenen Bescheide in ihren Rechten verletzt (§ 40 Abs. 2 FGO).

III. Begründung

A) Aktive Einkünfte nach § 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG

Die Marquardt Luxembourg S.à r.l. (LuxCo) erzielte Einkünfte aus Dienstleistungen, die funktional aktive Tätigkeiten darstellen (Vertrieb und Kundenbetreuung Südeuropa). § 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG nimmt solche aktiven Dienstleistungseinkünfte aus der Hinzurechnungsbesteuerung heraus. Die gegenteilige Einstufung als passive Zwischeneinkünfte durch den Betriebsprüfer entbehrt einer hinreichenden Sachverhaltsaufklärung und widerspricht der BFH-Rechtsprechung zu § 8 AStG (BFH I R 36/14, Bundesfinanzhof.de).

B) Europarechtskonformität — Niederlassungsfreiheit Art. 49 AEUV

Nach EuGH C-196/04 (Cadbury Schweppes) ist eine nationale Hinzurechnungsbesteuerung mit der Niederlassungsfreiheit nur vereinbar, wenn sie sich auf rein künstliche Gestaltungen beschränkt. Die LuxCo ist keine rein künstliche Gestaltung: Sie unterhält eine Geschäftsbeziehung mit dritten Unternehmen in Luxemburg, Belgien und Portugal. Der Geschäftsführer unternahm nachweislich Dienstreisen in diese Länder (Reisekostenabrechnungen als Beweismittel).

C) Gegenbeweis § 8 Abs. 2 AStG

Selbst bei Unterstellung von Zwischeneinkünften steht der LuxCo der Substanz-Gegenbeweis nach § 8 Abs. 2 AStG offen. Die wirtschaftliche Tätigkeit im EU-Ausland ist durch die vorgelegten Kundenkontakte, Reisekostenabrechnungen und die Zeugenaussage von Herrn Jean-Pierre Fontaine (Luxemburg) nachweisbar.

IV. Beweisangebote

Nr.	Beweismittel	Beweisthema
1	Zeuge Jean-Pierre Fontaine, Luxemburg-Stadt	Inhalt und Umfang der Geschäftsbeziehung LuxCo
2	Reisekostenbelege GF 2020-2024 (Anlage)	Tatsächliche Reisetätigkeit LuxCo-bezogen
3	E-Mail-Korrespondenz LuxCo-Account	Eigenständige Kundenkommunikation LuxCo
4	Urkunde: Agenturvertrag LuxCo-KG 2018	Vertragliche Grundlage der Provisionen
5	Marktpreisstudie Vertriebsberatung	Angemessenheit Fremdvergleich BP-3

Augsburg, Oktober 2026

Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim

Rechtsanwältin / Steuerberaterin

Kanzlei VS-2026-StR-0508

Rechtsquellen: § 40 FGO — <https://dejure.org/gesetze/FGO/40.html> | § 65 FGO — <https://dejure.org/gesetze/FGO/65.html> | §§ 7 ff. AStG — <https://dejure.org/gesetze/AStG> | BFH I R 36/14 — <https://www.bundesfinanzhof.de> | EuGH C-196/04 — <https://openjur.de>